
PHOENIX IM STURZFLUG

Rezension von: Mike Davis, *Phoenix im Sturzflug*. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren, Rotbuch-Verlag, Berlin 1986, 194 S., DM 24,-

Erstmals liegt nun ein Band (Originaltitel: „prisoners of the american dream“) vor, der über die Bandbreite einer ökonomistischen Interpretation der „reagonomics“ hinausgeht und versucht, die US-amerikanische Wende 1980 nicht nur mit einer Anthologie des Einflusses der Monetaristen, Milton Friedman's und der Chicago-boys sowie den finanztheoretischen Entwürfen eines *Stockman* zu erklären, sondern darüber hinaus den Stellenwert politischer und sozioökonomischer Entwicklungen zu skizzieren.

Davis weist auf, daß sich im Laufe der 70er Jahre in den USA ein qualitativ neuer Politikstil zu voller Blüte entwickelte. Zunehmend trat die Aktivität von „political action committees“ (PACs) in den Vordergrund, die sich vor allem auf „single issue campaigns“ (Schwerpunktaktionen) und politische Volksabstimmungen konzentrierte. Da die soziale Basis des PACs im Bereich der „neuen rechten Mittelklasse“, also überdurchschnittlich verdienenden „white collar worker“ und „young urban professionals“ in den Einfamilienhäuser-Vorstädten lag, braucht es nicht zu verwundern, daß sich die „single issues“ gegen ethnisch integrierte Wohnverhältnisse, gegen die Abschaffung der Todesstrafe, gegen die Rechte der Farmarbeiter und gegen die Rassenintegration¹⁾ an öffentlichen Schulen (15) richteten. Die PACs konnten dabei auf einem organisatorischen Apparat aufbauen, den die mittelständischen Abwehrreaktio-

nen gegen die (schwarze) Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre hinterlassen hatten. Nicht zuletzt aufgrund dieser Infrastruktur konnte es gelingen, Themen wie „busing“ (gemeinsamer Schulbus für Weiße und Schwarze), Abtreibung, Schulgebet und die Strategie einer repressiveren Kriminalpolitik (31) als zentrale innenpolitische Auseinandersetzungspunkte zu fixieren.

Die neue Mittelstandsrechte sah sich eher zur angebotsorientierten Ökonomie und ihren inflationstreibenden Folgen als zu einem puristischen Monetarismus hingezogen (36), da die Konsequenzen der daraus resultierenden Stagflation den gesellschaftspolitischen Strategien der „neuen Leistungsgesellschaft“ entgegenkamen. Die Konsequenzen der aus der Angebotsökonomie resultierenden „Brasilianisierung“ der Sozialstruktur (42), nämlich eine vertiefte Klassendifferenzierung und die Erhöhung sozialer Ungleichheit, begannen die Gesellschaft dichotomisch in „haves“ und „have-nots“ zu teilen. Diese Teilung wurde darüber hinaus durch die autoritären, nach innen repressiven und einem militanten Antikommunismus verschworenen Gewerkschaften der AFL/CIO (Mahoney) unterstützt. Solcherart konnten die PACs in immer weiterem Umfang, finanziert durch diejenigen Kapitalteile, deren Interessen (wenn auch nur kurzfristig) mit der Angebotsökonomie deckungsgleich waren, immer weitergehender die Präsentation der Politiker beeinflussen. Zum Druck der PACs und der offenkundigen Effizienz der „single issues“ kam die „neue Welle“ der politischen Auseinandersetzung hinzu, sämtliche innerparteilichen und innenpolitischen Auseinandersetzungen zu „televisionieren“. Die ohnehin strukturell angelegte Konvergenz von Demokraten und Republikanern degenerierte auf diese Art zur praktischen Ununterscheidbarkeit.²⁾

Davis führt anschaulich vor, daß

sich nach dem Ende des Vietnamkrieges tiefgreifende Veränderungen der US-Wirtschaftsstruktur ereigneten: Der sunbelt konnte summa summarum seine Armut und die ungelerten schwarzen Lohnarbeiter in den Norden exportieren und importierte gleichzeitig hochqualifizierte Arbeitskräfte sowie den Löwenanteil der bundesstaatlichen Mittel für Investitionsförderung u. a. m. (64). Diese Entwicklung zog „Verzerrungen“ nach sich, die in Verbindung mit dem oben skizzierten Paradigmenwechsel der Innenpolitik zu einem Zusammenbruch des „Fordismus“ (gemeint ist ein Akkumulationsmodell, welches nachfrage-theoretisch arbeitet und eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität durch Realloohnerhöhungen und Umverteilungsleistungen vorsieht) führten. Vor allem führten die künstlich niedrig gehaltenen Energiepreise, die dramatischen und unkontrollierbaren Gewinne in der Öl-Branche, rapide ansteigende Aufwendungen für die kollektive Infrastruktur der „Konsumexplosion“ zum Niedergang des „umverteilungsstützenden Gesellschaftsmodells“. Die prompte Unternehmerantwort auf die Krise bestand in Rationalisierung und Technologieexport in die neuen Investitionsgütermärkte der semiindustrialisierten Peripherie sowie der Auslagerung von Produktionskapazitäten in Billiglohnbereiche.

Der nach dieser Bereinigung einsetzende industrielle Aufschwung zwischen 1976 und 1980 wurde fatalerweise mit staatenlosen Dollars bewerkstelligt. „Dieser verrückteste aller Expansionsprozesse der Nachkriegszeit beruht auf dem Export der Metropolschulden, die auf wunderbare Weise über das internationale Finanzsystem als Kredite in den Geldkreislauf zurückflossen und in die sich industrialisierenden Länder gelangten, wobei deren wachsende zukünftige Exporte als Pfandsicherheit betrachtet wurden. Für diese verblüffende Wachstumskette, die Schulden wie

durch Zauberhand zu Aktiva werden ließ, mußte aber mit einiger Sicherheit damit gerechnet werden, daß eine Rezession im Kernbereich zu überschießenden negativen Multiplikator-Wirkungen in der investitions-übersättigten Semiperipherie führen mußte.“ (68) Was dann auch geschah.

Die Verknüpfung der bisher nachgezeichneten Entwicklungen ließ „ein(en) sozialstaatliche(n) oder neofordistische(n) Ausweg aus der sozialen und ökonomischen Krise ... beinahe schon (als) a priori ausgeschlossen“ (84) erscheinen. Ende der 70er Jahre war nicht nur die Strategie des „globalen Fordismus“ (Kennedys Allianz für den Fortschritt) einem „blutigen Fordismus“ neokolonialer Prägung gewichen, sondern auch die Tradition des „New Deal“ (von Roosevelt bis Johnsons Krieg gegen die Armut“) dem neuen Leistungs- und Entstaatlichungsideal unterlegen.

Deutlichstes Signal dieser ordoliberalen Wende war die „Billiglohnrevolution“ (81), die von einem rapiden Sinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades (open shop), der Stagnation im öffentlichen Beschäftigungssektor begleitet wurde und die in einer auf ca. 100 Millionen (!) Arbeitskräfte angeschwellenen Masse von Niedriglohneempfänger 1985 mündete: „Billige Arbeitskräfte sind zum zentralen Feld des Beschäftigungszuwachses in der gesamten Volkswirtschaft geworden.“ (80) Diese „Marginalisierung der Mehrheit“ ist im wesentlichen dem neuen Akkumulationsmodell des „Überkonsumismus“ entsprungen, welches eine massive Umverteilung zugunsten der Eliten, Mittelschichten, Manager, Akademiker und Rentiers auf Kosten einer „Tertiärisierung“ der Volkswirtschaft beinhaltete: „zwischen 1960 und 1981 kamen auf jeden zusätzlichen Arbeitsplatz in der Güterproduktion zehn neue Arbeitsplätze im tertiären Sektor“ (87). Unter dem Einfluß der PACs kam es immer irrationaleren „Umverteilungen“: Die Kampagnen gegen die

Besteuerung der Einkommen, für die Reprivatisierung der Lebensvorsorge und gegen jede staatliche Arbeitsplatzsubventionierung prägten eine Entwicklung, in der die private Gesundheitsindustrie zum größten Industriezweig der amerikanischen Volkswirtschaft wurde, es zu einem geradezu phantastischen Anstieg der Verbraucherschuldung, einer Kostenexplosion für gewerbliche Dienstleistungen u. a. m. kommen konnte. 1980 wurden beispielsweise 10 Milliarden Dollar für Gerichtskosten aufgewendet und kletterte die Lohnspanne im Angestelltenverhältnis auf 1:63. Kurz: Während der Luxus der neuen Mittelschichten durch derartige Umverteilungen subventioniert wurde, kam es zum Zusammenbruch des fordistischen Massenkonsums.

Erst auf der Grundlage dieses politisch-ökonomischen Szenarios konnte es zur „konservativen Revolution“ des Ronald Reagan kommen. Denn eine Folge des „Überkonsumismus“ war, daß die marginalisierten und deprivierten Niedriglohnarbeiter zu ca. 50 Prozent auf jede Wahlbeteiligung verzichteten. Diese soziale Selektivität des Wahlvorganges wurde durch die Wahlrechtsreform 1978, die die Vermittlerrolle der Parteiapparate schwächte und den Stellenwert der PACs, die den Löwenanteil der Wahlspenden organisierten und die Mobilisierung der Wähler kontrollierten, erhöhte, entscheidend verschärft. „Der allgemeine Trend ging also dahin, einer Politik kalifornischen Stils Auftrieb zu geben, die vom Einsatz des Fernsehens, praktisch ununterbrochenen Vorwahl – Auseinandersetzungen und der organisatorischen und finanziellen Überlegenheit der PACs lebte (102)“. Diese „Rebellion der Besitzenden“ vereinigte sich sowohl mit der Strategie der Republikaner in den zentralen Forderungen nach einer Verschiebung der steuerlichen Entlastung der höheren Einkommen und Profite, einer Befreiung der US-Unternehmer von lästigen Produktionsauf-

lagen, nach der Privatisierung kollektiver Konsumtionsleistungen u.a.m., als auch mit der Strategie des „sunbelt“-Kapitals, die Überakkumulation des Kapitals in die Rüstungsproduktion auf Kosten der Massennachfrage und staatlicher Infrastrukturleistungen umzuleiten.³⁾

Reagan vertrat in seiner „Philosophie“ also nicht so sehr originäre Ideen, ebensowenig Versatzstücke eines antiquierten konservativen Ideals, sondern formulierte mediengerecht („one for the gipper!“) die Deklassierungsstrategie der „haves“ gegen die „have-nots“, die sich formschön in die staatsmonopolistische Intervention zugunsten des kapitalintensiven Rüstungssektors und die damit verbundene „Krisenlösung durch Pauperismus“ einpaßte.

Wenngleich Davis auf weiten Strecken des Bandes ein nachvollziehbarer „plot“ (roter Argumentationsfaden) fehlt, so ist es doch als qualitative Erweiterung der Diskussion um den Reaganismus zu verstehen, daß der Rolle organisierter rechter Mittelschichten im Spannungsfeld zwischen divergierenden Kapitalinteressen und praktisch-politisch kongruenten Großparteien ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Die Entwicklungsperspektiven, die Davis gegen den hegemonialen Rüstungskapital/Republikaner/Yuppie-Block herausarbeitet, werden sehr realistisch defensiv formuliert. Der Kampf für materielle gesellschaftliche Gleichheit gehe heute von den Schwarzen aus (175) und müsse anhand des Beispiels der „rainbow“-Koalition, die von Jesse Jackson im letzten Präsidentschaftwahlkampf geknüpft wurde, organisiert werden.

Der organisierten Arbeiterbewegung AFL/CIO, deren politisch-strategische Grundhaltung eine antisozialistische/prokapitalistische ist und deren reaktionäre Teile in letzter Zeit öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben, müßte durch den Aufbau eines bundesweiten Netzes kom-

promißloser örtlicher Gewerkschaftsvertreter und Basisaktivisten entgegengewirkt werden (178). Doch die Erfolgsbilanz des Reaganismus, insbesondere Reagans Wiederwahl 1984, legt die Latte für eine Regenbogenkoalition beklemmend hoch.

Nikolaus Dimmel

1 vgl. Doris Pumphrey: *Ghettos und Gefängnisse. Rassismus und Menschenrecht*

in den USA, Köln 1982, Kapitel „Der geheime Krieg gegen die demokratische Bewegung“

2 vgl. Karl-Heinz Röder: *Das politische System der USA, Köln 1983, Kapitel „Die Integrationsfunktion des Wahl- und Parteiensystems“*

3 vgl. Rudolf Hickel: *Warum Reagans Wirtschaftskurs scheitern muß. Darstellung und Kritik der Angebotsstrategie; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 1982, S. 829-840*